

Professor Unbequem

Mit seinem Vorschlag der gelenkten Durchseuchung sorgte Reiner Eichenberger für Aufregung. Jetzt legt er mit seinem Kollegen David Stadelmann eine Agenda zur Abfederung der Coronakrise vor. Ein Besuch in Feldmeilen. *Von Florian Schwab*

Er ist der mutigste Ökonom der Schweiz, nie um eine unbequeme These verlegen. Auch in der Corona-Krise wurde Reiner Eichenberger rasch zum Mittelpunkt der Debatte, noch bevor der Bundesrat seinen Shutdown überhaupt angekündigt hatte. Am 9. März publizierte die Gratiszeitung *20 Minuten* ein Interview, in dem Eichenberger für eine «Vorwärtsstrategie» plädierte: «Gesunde aktive Erwachsene könnten sich gezielt anstecken. Je mehr Leute das Virus gehabt haben, desto weniger kann es sich ausbreiten und Alte und Schwache gefährden.»

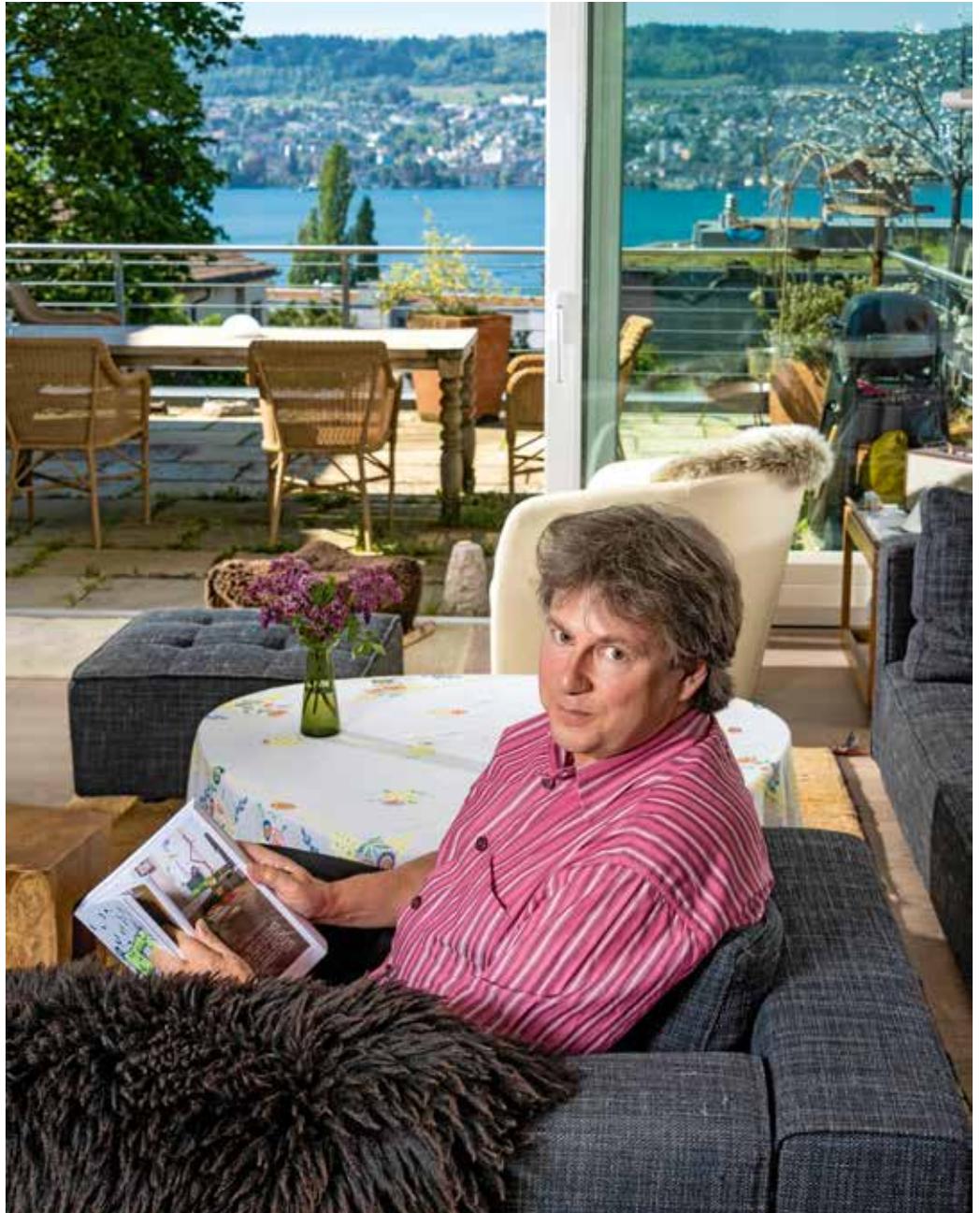
Die ehemalige SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer zog auf Twitter gegen Eichenberger vom Leder: «So ein Unsinn ist Folge, wenn beschränkte Ökonomen sich als Mediziner aufplustern.» Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gab obrigkeitlich Kontra: «Ethisch nicht zu verantworten und in der Realität nicht umsetzbar.» Auch Fachkollegen gingen in Stellung. Dina Pomeranz von der Universität Zürich stellte auf Twitter fest, Eichenberger stehe «im direkten Kontrast zur Grossmehrheit der Ökonomen». Monika Bütler von der Universität St. Gallen sekundierte dem BAG, das Konzept der medizinisch begleiteten Durchseuchung «scheitert bereits an der praktischen Umsetzung».

Freude an der Provokation

Für einen, der sich wieder einmal in die Nesseln gesetzt hat, ist der Wirtschaftsprofessor mit Lehrstuhl an der Uni Freiburg i. Ü. in bester Stimmung, als wir ihn antreffen. Mit seiner Familie bewohnt er eine schicke Villa in Feldmeilen, mit Blick über den Zürichsee. Auf dem Wohnzimmertisch liegt ein Buch über Hundeerziehung.

Reiner Eichenberger ist gemäss dem NZZ-FAZ-Ranking nach Ernst Fehr der zweiteinflussreichste Ökonom des Landes. Seine Karriere begann er Mitte der 1980er Jahre an der Universität Zürich als Assistent von Bruno S. Frey. Schon damals fiel er Kollegen als brillanter Kopf auf, zuweilen verspielt, der konventionelle ökonomische Methoden auf Fragen anwandte, die auf den ersten Blick nicht viel mit Wirtschaft zu tun haben. Diesen Ansatz vertritt er bis heute mit einer gehörigen Portion Freude an der Provokation. Sinnbildlich für den Eichenberger-Ansatz ist die wissenschaftliche Analyse «Wer ist der beste Formel-1-Fahrer?» – zusammen mit dem damaligen Studenten David Stadelmann.

Ja, sagt Eichenberger, sein erstes Kurzinterview zum Thema Corona sei kontrovers aufge-



Brillanter, zuweilen verspielter Kopf: Ökonom Eichenberger.

nommen worden. Im Gespräch mit dem Journalisten habe er ausführlich erklärt, wie er zu seiner Empfehlung komme. Schon damals habe sich abgezeichnet, dass das Virus «zwar viele Leben, aber nur wenige Lebensjahre raubt», dass die Ausgangslage in Italien und China, wo die Schreckensbilder herkämen, nicht mit der Schweiz vergleichbar sei und dass die Daten keinen Shutdown rechtfertigen würden. «Aber *20 Minuten* hat sich dann auf die peppigere gelenkte Durchseuchung gestürzt.» Zwei Wochen später folgte ein Beitrag in der

NZZ, in dem Eichenberger seine Haltung weiter ausführte. «Die Reaktionen waren grossmehheitlich positiv, vor allem auch von medizinischen Berufsleuten wie Ärzten und Pflegekräften.»

Jetzt legt Eichenberger nach. In einem Fachaufsatz, der dieser *Weltwoche* als Sonderdruck beiliegt, entwirft er gemeinsam mit David Stadelmann eine liberale Agenda zur Abfederung der Corona-Krise. Stadelmann und er, sagt Eichenberger, «denken ökonomisch ähnlich». Die Volkswirtschaftslehre sei eine Wissenschaft zur Lösung komplexer gesellschaftlicher Prob-

leme. «Genau damit haben wir es hier zu tun.» Eichenbergers Mitautor wurde 2013 mit 29 Jahren zum Professor an der Universität Bayreuth berufen. Die letzten Wochen haben die beiden Wissenschaftler damit zugebracht, mit zahlreichen Experten aus verschiedenen Fachgebieten zu telefonieren. Eichenberger von Feldmeilen, Stadelmann von Bayreuth aus.

Das Ergebnis ist der erwähnte wirtschaftspolitische Fünf-Punkte-Plan. Dieser umfasst unter dem Kapitel «Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen» früher schon von den Autoren vertretene Rezepte: freiwillig längere Lebensarbeitszeit dank Anreizen, mehr Kostenwahrheit im Verkehr, eine billigere, wirksamere Klimapolitik. Auch die Idee, dass sich die Schweiz mit den wirtschaftlich stärksten Ländern vergleichen solle («systematisches Benchmarking»), und die Anregung, auf allen staatlichen Ebenen sogenannte Gegenvorschlagskommissionen einzurichten, welche der Exekutive Paroli bieten, sind nicht neu, jetzt aber, so Eichenberger, seien sie noch dringlicher.

Steuersenkungen und Immunisierung

Das neue Herzstück des Eichenberger-Stadelmann-Plans bilden zwei Massnahmen im direkten Zusammenhang mit der Corona-Krise. Zunächst die Einführung von Steuergutschriften für Firmen. Dazu sagt Eichenberger: «Das Kreditprogramm des Finanzdepartements war sehr gut. Wenn der Staat faktisch die wirtschaftliche Interaktion verbietet, muss er dafür eine Entschädigung leisten.» Aber bevor man jetzt den überall ertönenden Rufen nach Geldgeschenken vom Staat nachgebe, «sollten wir uns an ein paar einfache ökonomische Prinzipien erinnern». Wer jetzt mit der grossen Kelle bei den Staatsausgaben anrühre, der riskiere drei grosse Probleme: dass die Gelder verpufften, dass es zu hoher Inflation komme und dass massive Fehlanreize entstünden. «Es wäre viel klüger, mit Steuersenkungen zu arbeiten.» Damit läge es nicht am Staat, zu entscheiden, welche Firmen überleben, sondern Konsumenten und Wettbewerb übernehmen diese Aufgabe.

Ein zweiter zentraler Bestandteil des Plans ist der Aufbau einer Corona-Immunität durch «medizinisch begleitete Immunisierung». Eichenberger ist überzeugt, dass dies zu einer «volkswirtschaftlichen Ressource» werden könnte: «Stellen Sie sich vor, was für ein Standortvorteil es wäre, wenn man von der Schweiz rascher wieder international reisen könnte als von anderswo!» Anders als seine Kritiker behaupten, habe er nie eine flächendeckende Ansteckung der Bevölkerung mit dem Coronavirus gefordert. «Aber in bestimmten sensiblen Berufen wäre eine Immunisierung sehr sinnvoll und würde die rasche Öffnung der Wirtschaft stark begünstigen.» Der Ökonom ist überzeugt, dass private Anbieter bereits nach Lösungen in dieser Richtung suchen. «Zertifizier-

kate über Corona-Immunität könnten ein riesiges Geschäft werden.»

Die Schweiz, sagt Eichenberger, verdanke ihren Wohlstand der Tatsache, «dass wir vieles besser machen als andere Länder». Den Fünf-Punkte-Plan sieht er als Beitrag dazu, dass das Land seine Vorteile halten könne. Bislang sei dies in der Corona-Krise unzureichend gelungen. «Zwar war unser Shutdown im Ländervergleich noch relativ mild, trotzdem sind wir damit zu weit gegangen.» Mit einer massvolleren Reaktion hätte die Schweiz, ähnlich wie Schweden, zum besseren Gegenmodell werden können. «Leider wurde ein europaweiter Konformitätsdruck erzeugt, dem sich die Schweiz als Musterschüler ebenfalls untergeordnet hat.» Die Absicht des international abgesprochenen Vorgehens sei es wohl, zu verhindern, dass unterschiedliche Ideen im Kampf gegen die Corona-Krise miteinander konkurrieren können. «Dann würde man nämlich sehen, wer es besser und wer es schlechter gemacht hat.»

Der Wirtschaftsprofessor rechnet damit, dass bei der sich nun anbahnenden Rezession auch die Rechnung für die Personenfreizügigkeit präsentiert wird. Die vielen Einwanderer aus der EU seien eher gefährdet, arbeitslos zu werden, und hätten es schwerer, eine neue Stelle zu finden als Schweizer. «Jetzt kommt der erste grosse Test der Personenfreizügigkeit.»

«Wehe, man kritisiert zu laut»

Wie man an der Corona-Krise sieht, ist Eichenberger ein Meister darin, wirtschaftspolitische Debatten loszutreten. Wäre es nicht wirkungsvoller, er würde sich im Beratungsgremium des Bundesrates für seine Ziele einsetzen? Nein, sagt der Ökonom. Als Mitglied eines solchen Gremiums sei man nicht mehr unabhängig, sondern auch der Mehrheitsmeinung im Gremium verpflichtet. Er sei froh, dass er als Professor an einer kleinen ökonomischen Fakultät seine Meinung frei äussern könne und dass er nicht gezwungen sei, Drittmittel einzutreiben. «Für volkswirtschaftliche Auftragsgutachten hat man als Kunden meistens staatliche Institutionen – wehe, man kritisiert dann die Politik zu laut.» Nach gebührender Reinigung der Hände verabschiedet sich Reiner Eichenberger per Handschlag. Das sei «immerhin besser als ein sozialistischer Bruderkuss». ○



Roman Roth,
Inhaber innoQ AG, Cham

«Das staatliche Krisenregime ist verheerend einseitig auf Virenbekämpfung ausgerichtet. Verordnet werden Massnahmen mit immensen gesellschaftlichen Auswirkungen, aber ohne Sicht auf die Konsequenzen. Ein solch eigenmächtiger Blindflug ist deplatziert.»

Gesundheit

Freiheit zurückholen

Nach dem Shutdown wartet viel Arbeit auf Ärzte und Spitäler. Sie brauchen jetzt neuen Spielraum.

Die Bekämpfung der Corona-Epidemie bindet alle Kräfte im Gesundheitssektor, allerdings nicht alle auf gleiche Weise. Die einen haben alle Hände voll zu tun, den andern sind die Hände gebunden. In den Spitälern wurde der normale Betrieb per Dekret grossenteils eingestellt, damit man für die drohende Welle von Corona-Behandlungen bereit wäre. Bis jetzt ist sie ausgeblieben. Frei gehaltene Kapazitäten dürfen nun allmählich wieder für Patienten

Gesundheitskolumne
präsentiert von
Klinik Pyramide am See



ten genutzt werden, die zurückgestellt wurden oder die sich zurückzogen hatten.

Aber selbst wenn nun eine Normalisierung einsetzt und sich Erleichterung breitmacht – die Ertragsausfälle belasten die Spitäler schwer und die gesundheitlichen Langzeitfolgen des Shutdown sind noch kaum überblickbar. Es wurden Operationen verschoben und damit verbundene Risiken erhöht. Andere Patienten mieden von sich aus das Krankenhaus, Therapien wurden verschleppt, neue Komplikationen tauchen auf. Die Isolation förderte Vereinsamung und Depressionen, Angst um Arbeitsplatz oder wirtschaftliche Existenz schlägt bei vielen auf die Gesundheit. All das braucht jetzt mehr Aufmerksamkeit.

Fast alles läuft zurzeit über den Staat. Bundesräte und das Bundesämter verfügen über eine noch nie erlebte Macht. Das führt leicht zur Stimmung, die Krise sei dank Staatsgewalt gemeistert worden und deshalb sei auch für die Zukunft mehr zentrale Steuerung das beste Rezept. Das Schweizer Gesundheitssystem ist aber anders angelegt. Wettbewerb, Eigenverantwortung, Föderalismus und Privatinitiative haben mehr Platz, als viele denken. Es gibt nicht nur hochregulierte Spitäler, sondern auch Privatkliniken, die Risiken selber tragen, nicht nur Tarifdiktate, sondern auch Wettbewerb unter Kassen, nicht nur Umverteilung, sondern auch korrekte Preis-Leistungsverhältnisse. Diesen Spielräume muss man jetzt zurückholen.

Frank Weiss